

Pinneberger Westumgehung wird erst im Sommer 2019 fertig

Katja Engler



Das südlichste Stück Westumgehung an der Mühlenstraße. Das Betreten-verboten-Schild hat schon witterungsbedingte Abnutzungserscheinungen

Foto: Alexander Sulanke / HA

Planer erklären im Stadtentwicklungsausschuss die Gründe für starke Verspätung und höhere Kosten der Umgehungsstraße in Pinneberg.

Pinneberg. Die Pinneberger Westumgehung wird wesentlich später fertig als angenommen, und sie kostet auch nochmals mehr Geld. Das haben die Planer des Projektsteuerungsbüros Inros Lackner am Dienstagabend vor den Mitgliedern des Ausschusses für Stadtentwicklung erklärt. Für die Freigabe der kompletten Straße peilen sie nun den August 2019 an. Die Kosten steigen ihren Worten zufolge von 32,3 Millionen Euro auf jetzt prognostizierte 36,5 Millionen Euro. So weit die nackten Zahlen.

Lediglich das Teilstück zwischen Elmshorner und Prisdorfer Straße soll noch in diesem Jahr für den Verkehr freigegeben werden. Dass es entgegen früherer Aussagen mit dem Abschluss des gesamten Projekts in diesem Jahr doch nichts mehr werden könnte, hatte sich schon in den vergangenen Tagen abgezeichnet (wir berichteten). Das Ausmaß der Verspätung und den Fahrplan bis zur Vollendung erfuhren Pinnebergs Politiker aber erst jetzt.

Karsten Lübke vom Büro Inros Lackner spricht von vielen Problemen und Herausforderungen, denen sich die Straßenbauer im Laufe ihrer sehr komplexen Arbeiten gegenübersehen. „Wir haben noch versucht, Zeit rauszuholen. Aber irgendwann geht das nicht mehr“, sagt Lübke.

Ein Problem: der hohe Grundwasserstand im Pinnau-Umfeld. „Als wir angefangen haben, war hier überall Wasser, kein Land“, berichtet Lübke. „Es war die sehr aufwendige Einrichtung einer Grundwasserabsenkung nötig.“ Da der Straßen- und Brückenbau den Stauraum reduzierte, musste für die tidebeeinflusste Pinnau ein Becken gebaut werden, das diese Reduzierung ausgleicht.

Damit die Brückenbauer ihre Baustellen überhaupt anfahren konnten, mussten entgegen der Planung die Straßendämme erst mal provisorisch rund drei Meter hoch aufgeschüttet werden. Erst jetzt, da die Brücken fertig sind, könne mit den Dämmen, die teilweise schon höher sein müssten, weitergemacht werden, so Lübke.

Auch in der Siemensstraße musste eine provisorische Regenentwässerung her, da die alte durch den Brückenbau und das Anlegen der Baustraßen außer Betrieb war. Andernfalls hätten die Regenfälle die Siemensstraße unter Wasser gesetzt, sagt Lübke. Der Bau eines Regenrückhaltebeckens hat 170.000 Euro extra gekostet und vier Wochen gedauert, ebenso lange haben die Straßenbauer an der Grundwasserabsenkung gearbeitet, die 80.000 Euro mehr gekostet hat.

Das Hauptproblem ist jedoch ein anderes: Auf der Strecke zwischen Prisdorfer und Elmshorner Straße musste der Boden bis zu einer Tiefe von 60 Zentimetern ausgetauscht werden – macht 30.000 Kubikmeter. Um teure Transporte zu vermeiden, haben die Straßenbauplaner die für den Straßenbau unbrauchbaren Erdmassen anderweitig verwendet: Nach einer Bodenverbesserung mit Kalk haben sie damit den eh geplanten Lärmschutzwall errichtet. Zusätzliche Bauzeit hierfür: acht Wochen.

Bodengutachten ist im Jahr 1985 erstellt worden

Im Vorfeld der Planung war der Boden zwar untersucht worden, allerdings schon im Jahr 1985 – nach den damaligen Richtlinien. Allein der Bodenaustausch hat zwölf Wochen gedauert und 1,5 Millionen Euro zusätzlich gekostet. Pinnebergs Bauamtschef Klaus Stieghorst sagt aber, dass eine Aktualisierung des Bodengutachtens nicht notwendig gewesen sei: „Über die Bodenverhältnisse zwischen den Probebohrungen herrscht zwangsläufig Unsicherheit.“

Die Politiker nehmen die Verzögerung und die höheren Kosten relativ gelassen zur Kenntnis, zumal Stieghorst sagt, das Fördergeld des Landes sei bis Ende 2019 gesichert. Er geht davon aus, dass der weit überwiegende Teil der förderfähigen Mehrkosten vom Land getragen wird: „Bis jetzt war es immer so, dass für unvermeidbare Dinge das notwendige Fördergeld in voller Höhe vom Land angewiesen wurden.“ Die Förderquote liegt bei 80 Prozent.

Die Westumgehung sei eben ein Mammutprojekt, sagt die SPD-Fraktionsvorsitzende Angela Traboldt: „Solche unerwarteten Dinge können passieren. Ich finde das alles nachvollziehbar. Die Verwaltung hat das korrekt geplant, der Baufortschritt ist da – wichtig ist uns nur, dass das Fördergeld nicht aufs Spiel gesetzt wird.“ Die Grünen/Unabhängigen machen sich dagegen Sorgen um die 4,2 Millionen Euro Mehrkosten: „Es ist noch offen, ob diese Kosten abgedeckt sind“, sagt der Fraktionschef Joachim Dreher. „Einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen wird immer schwieriger, wenn solche Brocken obendrauf kommen.“ Die prognostizierten Kosten seien vorsorglich im Haushalt bereitgestellt worden, sagt Bauamtschef Stieghorst. Und: „Streichungen an anderen Stellen aus diesem Anlass sind mir nicht bekannt.“

Entspannt ist auch Florian Kirsch, der CDU-Fraktionsvorsitzende: „Es ist schade, dass die Westumgehung später kommt. Aber alles ist gut begründet“, sagt er, „die paar Monate mehr machen den Kohl jetzt auch nicht mehr fett.“

Unterdessen sind auf dem Teilstück von der Autobahnausfahrt Pinneberg-Nord bis zur Prisdorfer Straße inzwischen sämtliche Brücken fertig, außerdem die Trasse, der Gehweg mit Blindenleitsystem, die Lärmschutzwände und die umgestaltete Kreuzung Elmshorner/Quickborner Straße.

4,4 Kilometer lang

Die Westumgehung ist etwa 4,4 Kilometer lang und führt von der Mühlenstraße bis zur Elmshorner Straße. Sie bekommt eine Fahrspur pro Richtung und einen gemeinsamen Fuß- und Fahrradweg.

Die Sanierung der L 110 von Tornesch zur A 23, die auf Bitten unter anderem Pinnebergs nach 2019 verschoben worden ist, dürfte wie geplant kommenden Sommer über die Bühne gehen. Die Umleitung soll über das Stück Westumgehung führen, das wohl dieses Jahr fertig wird.